

abends

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-N. 16, Gelbfeldstraße 46. Fernsprecher 21366. Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

**Bezugspreise:**  
Ausgabe A mit illustrierter Beilage wochentlich 2.50 M. In Dresden und ganz Sachsen land und Post 3.50 M. in Ostpreußen 6.40 K.  
Ausgabe B wochentlich 2.50 M. In Dresden und ganz Sachsen land und Post 3.50 M. in Ostpreußen 6.40 K.  
Einzelnummer 10 P.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Wichtiges:**  
Ausgabe von Beilagen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die Post-Beilage 25 P. im Reichsgebiet 30 P. Familienanzeigen 20 P.  
Für unbeschränkte Verbreitung, sowie durch Fernschreiber ausgegebene Beilagen können die Verantwortlichen für die Wichtigkeit des Textes nicht haften.  
Erschließung der Redaktion: 11-12 Uhr vorm.

**Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.**

**Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage (Feterabend). Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.**

## Zittauer Nachlese.

Zittau ist nicht die geringste unter den Städten, denn sie hat eine „Morgenzeitung“ und die ist freisinnig. Mit Dank erkennen wir an, daß sie so freundlich ist, in ihrer Nummer vom 1. Februar 1919 einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei nur eine halbe Spalte, der Versammlung der Zentrumspartei am Tage zuvor aber eine ganze zu widmen. Von dieser Spalte kommen auf meine Ausführungen allein etwa 80 Prozent. Das Blatt meint einleitend, es hätten sich „gegen 500 Personen eingefunden, wobei die Zahl der Frauen überwog“, was das Blatt über zu nehmen scheint. Mit Verlaub: Der Sonnenfall war gefüllt und er faßt mehr als 500 Personen. Es waren schlecht gerechnet gegen 900 Personen anwesend, darunter erfreulicherweise eine große Anzahl evangelischer Mitbürger. Es wäre allerdings zuviel verlangt von dem Zittauer freisinnigen Organ, das zuzugeben, nachdem es von der tags darauf abgehaltenen demokratischen Versammlung erklären muß, daß sich „in der Besucherzahl leider schon erkennen ließ, daß man nachgerade etwas versammlungsmüde geworden ist“. Wir verstehen den Schmerz des Zittauer Freisinnigen ob des glänzenden Besuchs der Zentrumsversammlung. Daß die „Zittauer Morgenzeitung“ meine Rede nach allen Regeln der Kunst verleiht, nehme ich ihr nicht im entferntesten übel. Es würde für mich das natürlichste keine Veranlassung sein, an dieser Stelle dazu Stellung zu nehmen. Aber der Bericht ist mit schweren Vorwürfen gegen die Zentrumspartei verquillt, was zur Erwiderung herausfordert. Die „Zittauer Morgenzeitung“ schreibt:

„Der Referent nahm sodann Gelegenheit, sich an der Deutschen Demokratischen Partei zu reiben, die es strikte abgelehnt habe, seine Listen mit denen des Zentrums zu verbinden. Er ging dabei recht forsch ins Werk, schien sich aber wohl nicht überlegt zu haben, in welches Licht sich derjenige stellt, der mit jemanden erst in Verbindung treten will, dann den Betroffenen gründlich schlecht macht, wenn er sich einen Korb geholt hat.“

Man soll nicht von Dingen sprechen, von denen man keine Ahnung hat. Wir wollen der „Zittauer Morgenzg.“ damit zubilligen, daß sie im guten Glauben handelt und nicht weiß, wie die Dinge sich entwickelt haben. Sie darf aber überzeugt sein, daß das Zentrum der Demokratischen Partei nicht nachgelaufen ist und niemals nachlaufen wird. Nach dem Ausbruch der Revolution wurde vielmehr in einem großen Teil der bürgerlichen Presse, einschließlich verschiedener demokratischer Blätter, dem Gedanken Ausdruck gegeben, es möge gegenüber der Sozialdemokratischen Partei eine einheitliche bürgerliche Front zustande kommen. Auch in manchen demokratischen Kreisen wurde dieser Gedanke sympathisch aufgenommen, bis dann plötzlich von der Zentralleitung der Demokratischen Partei in Berlin erklärt wurde, daß eine Listenverbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien abzulehnen sei. So und nicht anders ist der Sachverhalt. Gewiß haben dann auch in Sachsen Verhandlungen auf diesem Gebiete stattgefunden, und zwar von sämtlichen bürgerlichen Parteien. Aber es ist geradezu lächerlich, zu behaupten, daß wir uns einen Korb geholt hätten. Die Schuld, daß eine Front gegen die Sozialdemokratie nicht zustande kam, trägt die Demokratische Partei. Und wir werden uns nach wie vor erlauben, in entsprechender Weise darauf aufmerksam zu machen. Das Blatt spricht dann weiter davon, es sei in der Versammlung „antisemitischen Gefühlen“ Ausdruck gegeben worden. Soweit meine Person in Frage kommt, muß ich das als unwahr entschieden zurückweisen. Soweit ich mich entsinne, ist nur in der Diskussion aus der Versammlung ein solcher Zwischenruf erfolgt, und zwar infolge des Lobliedes, das der freisinnige Redner Thieme aus Leitendorf schließlich auf die Demokratie und — die Sozialdemokratie anstimmte.

Das Zentrum ist gegen jeden Rassenhass und daher auch nicht antisemitisch. Haben doch selbst gläubige Juden mit dem Frankfurter Rabbiner Dr. May an der Spitze jetzt ihren Anschluß an die Zentrumspartei erklärt. Aber gerade in den Kreisen der gläubigen Juden selbst berührt es auf das Unangenehmste, daß die Träger des Revolutionsgedankens bei uns zu 90 Prozent ungläubige Juden sind. Schließlich wird in dem Bericht des Zittauer Blattes noch schlaendes gesagt:

„Bedeutungsvoll war, daß der Referent auch wieder mit dem verächtlichen Wort vom Seidenpapier gruseln machen wollte. Die Vorführung, wie der dies Wort: trotz der mehrfachen Richtigstellung diesmal vorgebracht wurde, kann es nicht authentisch machen. Bekanntlich lautete es: Von

der Sozialdemokratie trennt uns nur die Dünne eines Seidenpapiers in Kultur- und Menschheitsfragen.“

Das Blatt behauptet nun, ich hätte das Wort verächtlich wiedergegeben und lag mir in diesem Zusammenhang einige Liebenswürdigkeiten, die von seiner guten Kinderstube Zeugnis ablegen. Ich wüßte aber wirklich nicht, daß ich in Zittau etwas anderes gesagt hätte. Vielleicht habe ich das Wort „Menschheitsfragen“ weggelassen. Die „Morgenzeitung“ in Zittau hat aber mit dieser Anführung ihrer Sache einen recht schlechten Dienst erwiesen. Also in Kultur- und Menschheitsfragen! Das ist so ziemlich alles, was im Leben in Frage kommt und wenn das vom Führer der Demokratischen Partei gesagt worden ist — und es ist gesagt worden — dann ist allerdings sogar der Seidenpapiervergleich noch falsch. Dann bedarf es nicht einmal mehr solcher Wand. Ist bin aber nicht so boshaft, dem Zittauer Blatte die „erforderliche Annehmlichkeit“ abzuspreden. Solche und ähnliche Vorwürfe und Angriffe wie die vom „Einwelfang“ überlassen wir mit größtem Vergnügen dem Zittauer Freisinnigen, dessen Blatt in seiner Bibliothek ein wertvolles Buch zu fehlen scheint: Knigge Umgang mit Menschen. Denn wir können uns nicht denken, daß bei Bekanntschaft mit diesem Buche eine so einseitige Verichterstattung über das Rededuell zwischen Herrn Thieme und Herrn Pfarrer Grohmann möglich gewesen wäre. Redner Thieme griff in unglücklicher Weise den Herrn Pfarrer von Leitendorf an und bezichtigte ihn der Intoleranz gegenüber den Protestanten. Nun stellte sich aber bald heraus, daß Herr Pfarrer Grohmann nichts anderes getan hat, als daß er sich gegen das Neuheidentum des Lehrers Thieme wandte unter ausdrücklicher Betonung dessen, was uns mit den gläubigen Evangelischen einigt. In dem Berichte des genannten Zittauer Organs heißt es aber vom Herrn Pfarrer Grohmann einfach, er habe Herrn Thieme „den Vorwurf des Unglaubens gemacht“. Davon daß Herr Thieme zuerst Herrn Pfarrer Grohmann persönlich angegriffen und damit beleidigt hat, dürfen die Leser des freisinnigen Blattes nichts erfahren. Sehr gut hat allerdings dieser Vertreter der Demokratie des Zittauer Landes bei der Erwiderung nicht abgesehen und darum hängt wohl sein Organ freundlichst den Mantel der Liebe darüber.

Wenn die Morgenzeitung auch berichtet, daß am Tage nachher die Rednerin in der Deutschen Demokratischen Partei „liebevoll auf die Frage der Trennung von Kirche und Staat, der Trennung von Kirche und Schule und auf die Einheitsfäule eintraf“, so können derartige Höflichkeit doch keinen politisch gereiften Menschen mehr über den wahren Charakter der unter Führung des „Berliner Tageblattes“ stehenden Demokratischen Partei hinwegtäuschen.

Zurzeit Breslau, 4. Februar 1919. hsl.

## Eröffnung der Nationalversammlung.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Zuhörerräume sind überfüllt. An den Tischen für die Volksbeauftragten und Staatssekretäre und für die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen haben Ebert, Schibemann, Landsberg, Wissl, Erbberger, Hirsch, Südekum, Unterstaatssekretär Baake usw. Platz genommen. Pünktlich um 3 1/2 Uhr nachmittags eröffnet der Volksbeauftragte Ebert die Versammlung mit folgender Ansprache:

### Die Rede Eberts.

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beif. l.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete zusammenbrechende Gewalt Herrschaft. (Beif. rechts) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, lehrt es zurück auf den Weg der Gelmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung können sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den

größten und einzigen Souverän in Deutschland.

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Beifall links. Zwischen rechts. Wiederholter starker Beifall links. Rufe rechts: Abwarten!) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfest, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten ausgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. (Zuruf von den Unabh. Soz.: Mit Rosten!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, auf dem es sich aus dem Blutsumpf des Krieges wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: Oho! Rufe links: Nein, niemals!) Meine Damen und Herren! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete und uns wehrlos machte. (Zurufe: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung für das Elend ab, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leidenschaftlichen Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. (Sehr wahr und lebhaftes Bravo! bei den Soz., Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittellage. (Sehr wahr! Widerspruch und Zurufe: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade ihre Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihre Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne Niederlage und Lebensmittellage uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert haben. Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg sehr erschöpft. Aus dem Gefühl der Erleichterung bei unseren Gegnern entspringt ihr Bestreben, sich schuldig zu halten am deutschen Volk, und aus diesem Gefühl wird der

**Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk** hineingetragen. Diese Klage- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Lebhaftes allseitige Zustimmung.) Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. (Erneuter Beifall und Zustimmung.) Das unerbittliche Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Hand-in-Handgehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Massenlebens auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren — Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weisheit! Aber nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn heute nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören — er ist in Trümmern gestürzt, er wird nicht mehr ersehen. (Zurufe bei den Unabhängigen: Sie richten ihn wieder auf!) Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die

**Waffenstillstandsbedingungen sind aber unerträglich hart** gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Esag wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. (Beif. links) Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (erneute Zurufe) und ihr Besitz wird konfisziert. Das besetzte Ruhrgebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschloffen (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Weimar wird auch abgeperlt). Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer ausgeweitet gesucht zu einer allg. meinen geldwirtschaftlichen Verklammerung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten und sind von sechstem Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit auf schwerste bedroht. (Zurufe und Zurufe auf der äußersten Linken: Wir behalten ja die Waffen auch noch!) Aus diesen Akten der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Veröhnlichkeit. (Zustimmung.) Die Waffenstillstandsbedingungen waren und wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortwährend verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen,